

Sitzung vom

21. April 2020

Mitgeteilt den

21. April 2020

Protokoll Nr.

313

Coronavirus (COVID-19)

Ausserordentliche Kompetenzen für die Gemeinden

Aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus und der dadurch verursachten Krankheit (COVID-19) hat der Bundesrat mit der Verordnung 2 vom 13. März 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 2; SR 818.101.24) ein Verbot von öffentlichen Veranstaltungen beschlossen (vgl. Art. 6 Abs. 1). Darunter fallen auch Gemeindeversammlungen. Gemäss Art. 7 der Verordnung kann der Kanton bei überwiegenden öffentlichen Interessen eine Ausnahmebewilligung für die Durchführung einer Gemeindeversammlung erteilen. Solche Interessen, welche die Durchführung als gerechtfertigt erscheinen liessen, sind nicht erkennbar. Der Kantonale Führungsstab (KFS) erteilt gegenwärtig keine Ausnahmebewilligungen. Er hielt die Gemeinden an, ihre Versammlungen abzusagen, respektive auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Der Bundesrat hat am 16. April 2020 im Rahmen seiner Lockerungsplanung beschlossen, das Versammlungsverbot am 8. Juni 2020 zu lockern. Die Details zu dieser Etappe will der Bundesrat erst am 27. Mai 2020 beschliessen. Damit können die Gemeinden nicht zur Tagesordnung übergehen und sind in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Dringliche und notwendige Geschäfte, die in die Zuständigkeit des Legislativorgans "Versammlung" fallen, können momentan nicht beschlossen werden.

Es ist deshalb sinnvoll, notrechtlich eine Regelung zu schaffen, die den Handlungsspielraum für die Gemeinden erhöht und für rechtsstaatlich korrektes Handeln sorgt. Dies soll mit der vorliegenden "Verordnung über ausserordentliche Kompetenzen für die Gemeinden (Kompetenzverordnung)" erfolgen.

Die Ausgangslage in Bezug auf die anzutreffenden Organisationsformen präsentiert sich aktuell wie folgt:

- 17 Gemeinden sind sogenannte Parlamentsgemeinden, die zudem über eine Urnenabstimmung verfügen; 6 Parlamentsgemeinden kennen nebst der Urnenabstimmung eine Gemeindeversammlung.
- 57 Gemeinden sind (reine) Versammlungsgemeinden (ohne Urnenabstimmung).
- 31 Gemeinden verfügen über eine Gemeindeversammlung, wobei für gewisse Geschäfte die Urnenabstimmung vorgesehen ist. Die Versammlung dient dabei der Vorberatung (vgl. Art. 20 Abs. 2 Gemeindegesetz des Kantons Graubünden [GG]; BR 175.050).

Anstelle von Gemeindeversammlungen soll den Gemeinden notrechtlich die Möglichkeit eingeräumt werden, Urnenabstimmungen durchzuführen, wobei sich auch die Vorberatung durch eine Gemeindeversammlung erübrigt (vgl. Art. 20 GG). Die kommunalen Parlamente können demgegenüber weiterhin die Vorberatung wahrnehmen, da deren Versammlungsmöglichkeiten nicht unterbunden sind, sofern die Hygiene- und Abstandsvorschriften eingehalten werden können. Der Ausschluss des Publikums bei Parlamentssitzungen (in Form der physischen Anwesenheit) wird während des Versammlungsverbots jedoch der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit halber explizit angeordnet. Die Öffentlichkeit der Parlamentssitzungen kann über die elektronischen Medien gewährleistet werden. Eine Verpflichtung hierfür besteht aber nicht.

Die Gemeinden haben das Zumutbare vorzukehren, dass die Stimmberechtigten, die in ihrem ordentlichen Beschwerderecht nicht eingeschränkt sind, ihren freien Willen an der Urne ausdrücken können. Dazu gehört, dass der Gemeindevorstand das Vorgehen amtlich anzeigt und die für die Willensbildung massgeblichen bzw. wesentlichen Gesichtspunkte sowie die Dringlichkeit und Notwendigkeit des Geschäfts in einer Botschaft darlegt.

Die Gemeinden, die bereits eine Urnenabstimmung kennen, verfügen in der Regel auch über eigene Bestimmungen zu deren Durchführung bzw. zum Verfahren. Wo aber Gemeinden, die ausschliesslich die Gemeindeversammlung kennen, von der

Möglichkeit einer Urnenabstimmung Gebrauch machen wollen, ist ein Verweis auf das kantonale Regelwerk des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100) sinnvoll. Die Durchführung einer Urnenabstimmung soll insbesondere auch die Möglichkeit einer brieflichen Abstimmung beinhalten, wie eine solche bei Abstimmungen auf kantonaler Ebene einhergeht (vgl. Art. 25 GPR). Damit können Personen, die einem höheren Covid-19-Risiko ausgesetzt sind, geschützt werden und ebenfalls an der Abstimmung teilnehmen.

Zum Geltungsbereich: Auch bei den Bürgergemeinden, Regionen und Gemeindeverbänden können sich vergleichbare Fragestellungen ergeben. Die Verordnung soll deshalb sinngemäss auch für sie gelten. Die zeitliche Geltung der Bestimmungen ist befristet. Diese gilt so lange, als das bundesrechtliche Verbot von öffentlichen Veranstaltungen in Kraft steht. Eine Gemeinde, die gestützt auf die vorliegende Notverordnung eine Urnenabstimmung ansetzt, darf und muss diese auch dann durchführen, wenn die Notverordnung ausser Kraft tritt. Dies wird im Rahmen der Bestimmung zur Geltungsdauer sichergestellt.

Gemäss Art. 48 der Verfassung des Kantons Graubünden (KV; BR 110.100) kann die Regierung ohne gesetzliche Grundlage Verordnungen erlassen oder Beschlüsse fassen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schwerwiegenden Störungen der öffentlichen Sicherheit sowie sozialen Notständen zu begegnen. Solche Verordnungen und Beschlüsse sind vom Grossen Rat nachträglich zu genehmigen und fallen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dahin.

Gestützt auf diese Erwägungen und auf Art. 48 KV und auf Antrag des Departements für Finanzen und Gemeinden

beschliesst die Regierung:

1. Die Verordnung über ausserordentliche Kompetenzen für die Gemeinden (Kompetenzverordnung) wird erlassen.

2. Mitteilung an alle Gemeinden, an alle Regionen, an die Departemente, an das Amt für Gemeinden, an den Kantonalen Führungsstab sowie an die Ständekanzlei (auch zur Publikation im Kantonsamtsblatt, Rubrik AGS, sowie zur Veranlassung der nachträglichen Genehmigung der Regelungen durch den Grossen Rat).



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke at the end.

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, featuring a stylized 'M' shape with a vertical line on the left and a horizontal line at the top.

Daniel Spadin

Verordnung über ausserordentliche Kompetenzen für die Gemeinden (Kompetenzverordnung)

Vom 21. April 2020

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –

Geändert: –

Aufgehoben: –

Gestützt auf Art. 48 der Kantonsverfassung

von der Regierung erlassen am 21. April 2020

I.

Art. 1 Anordnungen bezüglich Legislativorgan

¹ Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, für unaufschiebbare Geschäfte Urnenabstimmungen anstelle von Gemeindeversammlungen durchzuführen. Es gelten sinngemäss die Regelungen für Abstimmungen auf kantonaler Ebene, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

² Bei Urnenabstimmungen ist in Abweichung von Artikel 20 Absatz 2 des Gemeindegesetzes des Kantons Graubünden keine vorbereitende Gemeindeversammlung abzuhalten. Die Abstimmungsempfehlung ergeht durch den Gemeindevorstand.

³ In der Botschaft an die Stimmberechtigten werden die Dringlichkeit und die Notwendigkeit des Geschäfts erläutert.

⁴ Parlamentssitzungen finden unter Ausschluss von Publikum statt. Die Öffentlichkeit der Parlamentssitzungen kann über die elektronischen Medien gewährleistet werden.

Art. 2 Publikation

¹ Der Gemeindevorstand informiert auf ortsübliche Weise, falls er von den Möglichkeiten gemäss Artikel 1 Gebrauch macht.

Art. 3 Sachlicher Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung gilt für die politischen Gemeinden. Für die Bürgergemeinden, Regionen und Gemeindeverbände gilt sie sinngemäss.

II.

Keine Fremdänderungen.

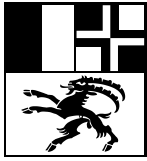
III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Verordnung tritt mit der Publikation in der Amtlichen Gesetzessammlung in Kraft und gilt, so lange das Verbot von öffentlichen Veranstaltungen gemäss Artikel 6 Absatz 1 der bundesrätlichen Verordnung 2 vom 13. März 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 2) in Kraft ist.

Gestützt auf diese Verordnung angesetzte Urnenabstimmungen sind noch nach dieser Verordnung durchzuführen.



Sesida dals

21 d'avrigl 2020

Communitgà ils

21 d'avrigl 2020

Protocol nr.

313

Coronavirus (COVID-19)

Cumpetenzas extraordinarias per las vischnancas

Pervia da la derasaziun dal coronavirus e pervia da la malsogna che vegn chaschnada da quel (COVID-19), ha il Cussegl federal decretà cun l'Ordinaziun 2 dals 13 da mars 2020 davart las mesiras per cumbatter il coronavirus (Ordinaziun 2 davart COVID-19; CS 818.101.24) in scumond d'occurrenzas publicas (cf. art. 6 al. 1). Latiers tutgan er radunanzas communalas. Tenor l'art. 7 da l'ordinaziun po il chantun conceder ina permissiun excepziunala per far ina radunanza communal, sch'ils interess publics predomineschan. Tals interess, che laschassan parair ina realisaziun sco giustifitgada, n'èn betg percepibels. Il Stab directiv chantunal (SDC) na conceda actualmain naginas permissiuns excepziunalas. El ha supplitgà las vischnancas d'annullar lur radunanzas u da las spustar ad in termin pli tard.

En il rom da sia planisaziun da schluccada ha il Cussegl federal concludì ils 16 d'avrigl 2020 da schlucar il scumond da radunanza ils 8 da zercladur 2020. Ils detagls per questa etappa vul il Cussegl federal concluder pir ils 27 da matg 2020. Uschia na pon las vischnancas betg midar a l'urden dal di ed èn restrenschidas en lur abilitad d'agir. Fatschentas urgentas e necessarias che tutgan tar la cumpetenzza dal proceder legislativ "radunanza" na pon betg vegnir concluidas per il mument.

Pervia da quai èsi raschunaivel da stgaffir ina regulaziun sin basa dal dretg d'urgenza che augmenta la libertad d'agir da las vischnancas e che procura ch'in agir correct tenor il stadi da dretg saja pussaivel. Quai duai succeder cun questa "Ordinaziun davart las cumpetenzas extraordinarias per las vischnancas (Ordinaziun da cumpetenzas)".

La situaziun da partenza areguard las furmas organisatoricas ch'èn avant maun sa preschenta actualmain sco suonda:

- 17 vischnancas èn uschenumnadas vischnancas cun parlament che han ultra da quai ina votaziun a l'urna; 6 vischnancas cun parlament enconuschan ultra da la votaziun a l'urna er ina radunanza communal.
- 57 vischnancas èn vischnancas (puras) cun radunanza communal (senza votaziun a l'urna).
- 31 vischnancas han ina radunanza communal, ma per tschertas fatschentas è prevista ina votaziun a l'urna. La radunanza serva en quest connex a predeliberar las fatschentas (cf. art. 20 al. 2 da la Lescha da vischnancas dal chantun Grischun [LV]; DG 175.050).

Empè da las radunanzas communalas duain las vischnancas survegnir la pussaivladad da far votaziuns a l'urna sin basa d'in dretg d'urgenza. En quest connex è obsoleta er la predeliberaziun tras la radunanza communal (cf. art. 20 LV). Percunter pon ils parlaments communal vinavant far las predeliberaziuns, perquai che lur pussaivladads da sa radunar n'èn betg scumandadas, premiss che las prescripziuns d'igiene e da distanza possian vegnir observadas. L'exclusiun dal public da sesidas dal parlament (en furma da l'absenza fisica) vegn però ordinada explicitamain durant il scumond da radunanza per motivs da la segirezza giuridica e da la clerezza giuridica. La publicitad e la trasparenza da las sesidas dal parlament pon vegnir garantidas sur las medias electronicas. In'obligaziun da far quai uschia n'exista però betg.

Las vischnancas ston prender tut las mesiras pretendiblas e raschunaivlas per che las votantas ed ils votants che n'èn betg restrenschids en lur dretgs da far recurs, possian exprimer lur libra voluntad a l'urna. Latiers tutgi che la suprastanza communal communitescha uffizialmain il proceder e declera en ina missiva ils puncts da vista ch'èn essenzials resp. substanzials per la furmaziun da la voluntad sco er l'urgenza e la necessitad da la fatschenta.

Las vischnancas ch'enconuschan gia ina votaziun a l'urna, disponan per regla er d'atgnas disposiziuns concernent la realisaziun d'ina votaziun a l'urna resp. concernent la procedura correspundenta. Però en cas da vischnancas ch'enconuschan mo

la radunanza communal e che vulan far diever da la pussaivladad da la votaziun a l'urna, èsi raschunaivel da renviar a l'ovra reglamentara chantunala da la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC; DG 150.100). La realisaziun d'ina votaziun a l'urna duai en spezial er cuntegnair la pussaivladad da votar per corrispondenza, sco ch'ella è prevista per votaziuns sin plaun chantunal (cf. art. 25 LDPC). Uschia pon persunas ch'èn expostas ad ina ristga pli gronda pervia da COVID-19, vegnir protegidas e pon tuttina sa participar a la votaziun.

Tar il champ d'applicaziun: Er en cas da vischnancas burgaisas, da regiuns e da corporaziuns da vischnancas pon resultar dumondas cumparegliablas. Pervia da quai duai l'ordinaziun valair er per talas conform al senn. Las disposiziuns valan mo per in tschert temp, vul dir uschè ditg ch'il scumond dal dretg federal per occurrenz publicas è en vigur. Ina vischnanca che ha fixà ina votaziun a l'urna sa basond sin l'ordinaziun d'urgenza qua avant maun, dastga e sto manar tras quella er, sche l'ordinaziun d'urgenza vegn abolida. Quai vegn garantì en il rom da la disposiziun davart la validitad.

Tenor l'art. 48 da la Constituziun dal chantun Grischun (CC; DG 110.100) po la Regenza relaschar ordinaziuns u prender conclus senza ina basa legala per far frunt a disturbis gravants ch'èn succedids u che smanatschan directamain la segirezza publica sco er per far frunt a crisas socialas. Talas ordinaziuns e tals conclus ston vegnir approvads posteriuramain dal Cussegl grond e scrodan il pli tard 1 onn suenter l'entrada en vigur.

Sin basa da questas consideraziuns e sin basa da l'art. 48 CC sco er sin proposta dal Departament da finanzas e vischnancas

concluda la Regenza:

1. L'Ordinaziun davart las cumpetenzas extraordinarias per las vischnancas (Ordinaziun da cumpetenzas) vegn relaschada.

2. Communicaziun a tut las vischnancas, a tut las regiuns, als departaments, a l'Uffizi da vischnancas, al Stab directiv chantunal sco er a la Chanzlia chantunala (er per la publicaziun en il Fegl uffizial dal chantun Grischun, rubrica CUL, sco er per procurar per l'approvaziun posteriura da las regulaziuns tras il Cussegl grond).



En num da la Regenza

Il president:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Chr. Rathgeb".

Dr. Chr. Rathgeb

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Ordinaziun davart las cumpetenzas extraordinarias per las vischnancas (Ordinaziun da cumpetenzas)

Dals 21-04-2020

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov: –

Midà: –

Aboli: –

Sa basond sin l'art. 48 da la Constituziun chantunala

relaschada da la Regenza ils 21 d'avrigl 2020

I.

Art. 1 Ordinaziuns areguard l'organ legislativ

¹ Per fatschentas betg suspensiblas vegn la suprastanza communal autorisada da far votaziuns a l'urna empè da radunanzas communalas. I valan confirm al senn las regulaziuns per votaziuns sin plaun chantunal, nun ch'il dretg communal prevesia insatge auter.

² En cas da votaziuns a l'urna na dovri – en divergenza da l'artitgel 20 alinea 2 da la Lescha da vischnancas dal chantun Grischun – betg ina radunanza communal predeliberanta. La raccomandaziun per la votaziun vegn relaschada da la suprastanza communal.

³ En la missiva a las votantas ed als votants vegnan explitgadas l'urgenza e la necessitad da la fatschenta.

⁴ Sesidas dal parlament vegnan fatgas senza public. La publicitad e la trasparenza da las sesidas dal parlament pon vegnir garantidas sur las medias electronicas.

Art. 2 Publicaziun

¹ La suprastanza communal infurmescha en la moda usitada al lieu, sch'ella fa diever da las pussaivladads tenor l'artitgel 1.

Art. 3 Champ d'applicaziun material

¹ Questa ordinaziun vala per las vischnancas politicas. Per las vischnancas burgaisas, per las regiuns e per las corporaziuns da vischnancas vala ella conform al senn.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

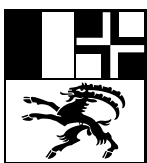
III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa ordinaziun entra en vigor cun la publicaziun en la Collecziun uffiziala da leschas e vala, uschè ditg ch'il scumond d'occurrenzas publicas tenor l'artitgel 6 alinea 1 da l'Ordinaziun 2 dal Cussegl federal dals 13 da mars 2020 davart las mesiras per cumbatter il coronavirus (Ordinaziun 2 davart COVID-19) è en vigor.

Votaziuns a l'urna ch'en vegnidas fixadas sa basond sin questa ordinaziun ston anc vegnir manadas tras tenor questa ordinaziun.



Seduta del
21 aprile 2020

Comunicato il
21 aprile 2020

Protocollo n.
313

Coronavirus (COVID-19)

Competenze straordinarie per i comuni

A seguito della diffusione del coronavirus e della malattia da esso causata (COVID-19), il 13 marzo 2020 con l'ordinanza 2 sui provvedimenti per combattere il coronavirus (ordinanza 2 COVID-19), il Consiglio federale ha emanato un divieto di svolgere manifestazioni pubbliche (cfr. art. 6 cpv. 1). Questo divieto comprende anche le assemblee comunali. Secondo l'art. 7 dell'ordinanza, a seguito di interessi pubblici preponderanti il Cantone può autorizzare deroghe per lo svolgimento di un'assemblea comunale. Simili interessi che farebbero apparire giustificato lo svolgimento, non sono individuabili. Attualmente lo Stato maggiore di condotta cantonale (SMCC) non autorizza deroghe. Esso esorta i comuni ad annullare o a rimandare le proprie assemblee.

Nel quadro della sua strategia di allentamento, il 16 aprile 2020 il Consiglio federale ha deciso di allentare il divieto di assembramento a partire dall'8 giugno 2020. Il Consiglio federale intende decidere i dettagli relativi a questa fase solo il 27 maggio 2020. Di conseguenza i comuni non possono procedere con l'ordine del giorno e sono limitati nella loro capacità di agire. Attualmente le questioni urgenti e necessarie che rientrano nella competenza dell'organo legislativo "assemblea" non possono essere decise.

Appare quindi sensato creare una regolamentazione di diritto di necessità che aumenti il margine di manovra dei comuni e che garantisca un'azione conforme ai principi dello Stato di diritto. Questo deve avvenire con la presente ordinanza sulle competenze straordinarie per i comuni (ordinanza sulle competenze).

Attualmente la situazione di partenza per quanto riguarda le forme di organizzazione esistenti è la seguente:

- 17 comuni dispongono di un parlamento comunale e prevedono inoltre la votazione alle urne; tra questi, 6 comuni oltre alla votazione alle urne prevedono l'assemblea comunale.
- 57 comuni sono (puramente) comuni con assemblea comunale (senza votazione alle urne).
- 31 comuni dispongono di un'assemblea comunale, tuttavia per alcuni affari è prevista la votazione alle urne. In questi casi l'assemblea comunale serve al dibattito preliminare (cfr. art. 20 cpv. 2 della legge sui comuni del Cantone dei Grigioni [LCom]; CSC 175.050).

Tramite il diritto di necessità, ai comuni va data la possibilità di svolgere votazioni alle urne al posto delle assemblee comunali; il dibattito preliminare da parte di un'assemblea comunale viene meno (cfr. art. 20 LCom). I parlamenti comunali invece possono continuare a svolgere i dibattiti preliminari, poiché non è fatto loro divieto di riunirsi, a condizione che le disposizioni igieniche e in materia di distanziamento sociale vengano rispettate. Tuttavia, finché vige il divieto di assembramento, per motivi di certezza e chiarezza del diritto è esplicitamente ordinata l'esclusione del pubblico (sotto forma di presenza fisica) in occasione di sedute parlamentari. La pubblicità delle sedute parlamentari può essere garantita mediante media elettronici. Tuttavia non sussiste alcun obbligo in tal senso.

I comuni sono tenuti ad adottare provvedimenti ragionevoli per consentire agli aventi diritto di voto, i quali non sono limitati nel loro diritto di ricorso ordinario, di esprimere la loro libera volontà alle urne. Ciò significa che il municipio deve indicare ufficialmente la procedura ed esporre in un messaggio le opinioni determinanti e rilevanti per la formazione della volontà nonché l'urgenza e la necessità dell'affare.

I comuni che già prevedono la votazione alle urne di norma dispongono anche di disposizioni proprie relative al loro svolgimento e alla loro procedura. Tuttavia, nel caso di comuni che prevedono esclusivamente l'assemblea comunale e intendono avvalersi della possibilità di svolgere una votazione alle urne, appare sensato rinviare alle

norme cantonali previste dalla legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC; CSC 150.100). Lo svolgimento di una votazione alle urne deve includere in particolare anche la possibilità di votare per corrispondenza, come accade in caso di votazioni a livello cantonale (cfr. art. 25 LDPC). In questo modo le persone esposte a rischi maggiori legati al Covid-19 possono essere tutelate e partecipare comunque alla votazione.

Validità: questioni simili possono sorgere anche nel caso di comuni patriziali, regioni e corporazioni di comuni. Di conseguenza l'ordinanza si applica per analogia anche a questi organi. La validità temporale delle disposizioni è limitata. Le disposizioni valgono fino a quando sarà in vigore il divieto federale di svolgere manifestazioni pubbliche. Un comune che organizza una votazione alle urne sulla base della presente ordinanza di necessità può e deve svolgerla anche se l'ordinanza di necessità sarà nel frattempo stata abrogata. Ciò è garantito nel quadro della disposizione relativa alla durata di validità.

Conformemente all'art. 48 della Costituzione del Cantone dei Grigioni (Cost. cant.; CSC 110.100), il Governo può, senza base legale, emanare ordinanze o decreti per far fronte a gravi turbamenti della sicurezza pubblica, già esistenti o imminenti, come pure a situazioni d'emergenza sociale. Tali ordinanze e decreti devono essere approvati a posteriori dal Gran Consiglio e perdono di validità al più tardi entro un anno dalla loro entrata in vigore.

Sulla base di quanto esposto, in virtù dell'art. 48 Cost. cant. e su proposta del Dipartimento delle finanze e dei comuni

il Governo decreta:

1. Viene emanata l'ordinanza sulle competenze straordinarie per i comuni (ordinanza sulle competenze).

2. Comunicazione a tutti i comuni, a tutte le regioni, ai Dipartimenti, all'Ufficio per i comuni, allo Stato maggiore di condotta cantonale nonché alla Cancelleria dello Stato (anche per la pubblicazione nel Foglio ufficiale cantonale, rubrica AGS, nonché affinché provveda all'approvazione a posteriori da parte del Gran Consiglio).



Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

In nome del Governo

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Ordinanza sulle competenze straordinarie per i comuni (Ordinanza sulle competenze)

Del 21 aprile 2020

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –

Modificato: –

Abrogato: –

emanata dal Governo il 21 aprile 2020

visto l'art. 48 della Costituzione cantonale

I.

Art. 1 Disposizioni relative all'organo legislativo

¹ Per affari improrogabili il Municipio viene autorizzato a svolgere votazioni alle urne anziché assemblee comunali. Valgono per analogia le regolamentazioni per votazioni a livello cantonale, per quanto il diritto comunale non preveda disposizioni al riguardo.

² In deroga a quanto previsto dall'articolo 20 capoverso 2 della legge sui comuni del Cantone dei Grigioni, in caso di votazioni alle urne non deve essere svolta nessuna assemblea comunale preliminare. La raccomandazione di voto viene espressa dal Municipio.

³ Nel messaggio destinato agli aventi diritto di voto vengono spiegate l'urgenza e l'indispensabilità dell'affare.

⁴ Le sedute parlamentari si svolgono senza pubblico. La pubblicità delle sedute parlamentari può essere garantita mediante media elettronici.

Art. 2 Pubblicazione

¹ Il Municipio informa secondo l'uso locale se fa uso delle possibilità di cui all'articolo 1.

Art. 3 Campo d'applicazione materiale

¹ La presente ordinanza vale per i comuni politici. Essa vale per analogia per i comuni patriziali, le regioni e le corporazioni di comuni.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente ordinanza entra in vigore con la pubblicazione nella Collezione ufficiale delle leggi cantonali e si applica fino a quando rimane in vigore il divieto di svolgere manifestazioni pubbliche conformemente all'articolo 6 capoverso 1 dell'ordinanza 2 del 13 marzo 2020 del Consiglio federale sui provvedimenti per combattere il coronavirus (Ordinanza 2 COVID-19).

Votazioni alle urne fissate in base alla presente ordinanza devono essere ancora svolte secondo la presente ordinanza.